

Sucht die Wirtschaft die Nähe zur AfD?

Der Verband der Familienunternehmen hat die AfD zu einer Veranstaltung eingeladen. Nun ist die Aufregung da – und mit ihr die Frage, wie Firmen mit den Rechtspopulisten umgehen.

**VON TOBIAS BUG, ELISABETH DOSTERT,
ANNA LEA JAKOBS UND
MEIKE SCHREIBER**

Wenn es um die AfD geht, wird Deutsche-Bank-Chef Christian Sewing schnell recht deutlich: Er lehnt sie ab. Das ist allerdings kein Grund, dass die Bank ihre Repräsentanz in Berlin nicht für eine Veranstaltung zur Verfügung stellte, bei der Vertreter der AfD auftauchten. Von der Filiale Unter den Linden sind es nur ein paar Hundert Meter bis zum Brandenburger Tor und nicht viel weiter zum Bundestag. Der Verband der Familienunternehmer lud hier Anfang Oktober AfD-Politiker ein. Und hatte offenbar kein Problem damit.

Albrecht von der Hagen, Hauptgeschäftsführer des Verbandes, soll an diesem Abend einen bemerkenswerten Satz gesagt haben: „Diese Brandmauer zur AfD – auch auf Bundesebene, die von den meisten Verbänden bislang aufrechterhalten wurde – hat nichts gebracht. Wir verabschieden uns von den Brandmauern.“ So zitiert ihn das Medienunternehmen *The Pioneer*. Eingeladen war zu dem Abend auch Leif-Erik Holm, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag. Er berichtete *The Pioneer* von einem „intensiven“ Gespräch. „Selbst der Verband der Familienunternehmer, der uns früher geächtet hat, lädt uns inzwischen ein“, freut sich Holm unverhohlen.

Bei der Deutschen Bank ist von Freude nichts zu spüren. Man habe für diese Veranstaltung Räumlichkeiten vermietet, „hatte aber keine Kenntnis von der Gästeliste und auch keinen Einfluss darauf“, antwortet die Bank auf Anfrage der SZ. Aus Bankkreisen ist deutliche Missbilligung vernehmbar, man habe sich mit dem Verband verständigt, dass der nächste parlamentarische Abend nicht in den Geschäftsräumen der Bank stattfindet. Es sei auch kein Redner der Bank dort aufgetreten. Grundsätzlich rede man weiterhin nicht mit der AfD. „Warum sollten

wir das tun?“, heißt es in Unternehmenskreisen. Liest sich wie eine Frage, ist aber keine.

Der Verband der Familienunternehmer bezeichnet sich als „Stimme der Familienunternehmer in Deutschland“. Präsidentin ist seit April 2023 Marie-Christine Ostermann, sie ist geschäftsführende Gesellschafterin des Lebensmittelgroßhändlers Rullko aus Hamm. Dem Verband gehören nach eigenen Angaben 6500 Unternehmen an. Klingt eher nach einem Stimmchen, schließlich gibt es in Deutschland etwa drei Millionen Familienunternehmen.

Auf eine Anfrage reagiert der Verband erst nach einigen Tagen, erst kurz, am Abend länger. Die Anfrage sei „im Team“ geprüft worden. Man sei zu dem Schluss gekommen, „dass von unserer Seite alle relevanten Punkte bereits adressiert wurden“, schreibt die Pressesprecherin in einer Mail.

Präsidentin Ostermann tobt sich derweil auf Facebook, Instagram und LinkedIn aus. Für „uns“ sei die Brandmauer eine totale Isolation der AfD bis hin zum Einladungsverbot einzelner AfD-Bundestagsabgeordneter gewesen. Diese Art von „Kontaktverbot“ sei mit dem parlamentarischen Abend „aufgehoben“ worden. Auf LinkedIn schreibt die Unternehmerin: „In unseren Landesbereichen hat es diese Art der Brandmauer noch nie gegeben.“ Aber auch: Wer sich intensiver mit den AfD-Programmen beschäftigt habe, werde nachvollziehen, dass „wir trotz Gesprächen eine AfD auf keinen Fall als Koalitionspartner in einer Regierung sehen wollen“.

Am Montagabend verschickt der Verband dann doch ein schriftliches Statement von Ostermann, in dem sie noch mal nachlegt. Empörung allein habe sich als politische Strategie erschöpft. „Das Überbieten mit immer heftigeren Antifa-Parolen hat nichts gebracht“, heißt es in der Mitteilung. Jedenfalls wachse die AfD trotz Brandmauer kräftig: Die Partei klettere in den Umfragen immer weiter nach oben, kommendes Jahr scheine sogar eine Alleinregierung in Sachsen-Anhalt möglich. Die Hoffnung, man könne ein Viertel der bundesdeutschen Wähler durch moralische Ausgrenzung zur Umkehr bewegen, sei nicht aufgegangen. Jetzt helfe nur noch die Auseinandersetzung mit den Inhalten der AfD, jenseits von schlichten Kategorisierungen in „gut“ und „böse“.

Die Familienunternehmer, beteuert Ostermann, wollten keine Regierung mit AfD-Beteiligung. Mit einem Andersdenkenden zu diskutieren, heiße nicht seine Positionen zu akzeptieren. „Reden heißt nicht zusammenarbeiten“, so Ostermann. Wer gar nicht mehr rede, habe inhaltlich aufgegeben – „gerade diejenigen überlassen das Feld den Extremisten“. Demokratie lebe vom Streit um die besten Inhalte, nicht vom Schweigen, so Ostermann.

Zusammengefasst heißt das also in etwa: einladen ja, reden ja, wählen nein.

Die Brandmauer ist in erster Linie ein politisches Konstrukt, sagt Thomas Biebricher, er lehrt Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt am

Main. Sie beschreibe eine Strategie, wie mit radikalen Parteien umzugehen sei, eine konsequente Ausgrenzung. Das impliziere ein Kooperationsverbot. Aber es gibt mehrere Lesarten, was das ist. Biebricher hat auch seine: Eine Koalition mit der AfD sei ausgeschlossen, ebenso das Modell, das sich zum Beispiel eine CDU-Minderheitsregierung von der AfD dulden lasse.

Aber gilt diese Brandmauer auch für die Wirtschaft? Da ist der Fall ein wenig anders gelagert, sagt Biebricher. Wenn private Verbände Kontakt zur AfD suchten, könne man das bedauern oder verurteilen, aber das sei etwas anderes, als wenn es um die Einbindung der Partei in Regierungskoalitionen oder Ähnliches gehe.

Die Frage ist also: Wie sieht es in anderen Familienunternehmen aus, teilen sie die Haltung des Verbandes der Familienunternehmen? Zum konkreten Fall will sich kaum jemand äußern, viele bleiben lieber allgemein wie Nikolas Stihl, Aufsichtsratschef des Kettensägenherstellers Stihl: „Das ganze Wirtschaftsprogramm der AfD ist völliger Blödsinn, damit wäre Deutschland innerhalb kürzester Zeit ruiniert.“ Schraubenunternehmer Reinhold Würth sieht eine allgemeine Tendenz im Umgang mit der AfD: „Mir scheint, dass Kanzler Merz aus dem CDU-eigenen Hintergrund zerstört werden soll, mit Beifall und Wissen aus SPD-Kreisen. Da spielt die Brandmauer gar keine Rolle mehr.“

Christoph Werner, Chef der dm-Drogeriemärkte, ist Mitglied im Verband der Familienunternehmer. In die Entscheidung zur Teilnehmerliste für den parlamentarischen Abend sei er nicht eingebunden gewesen, sagt er. Grundsätzlich halte er es aber für statthaft, Parlamentarier aller im Bundestag vertretenen Parteien zu einem solchen Abend einzuladen. Einen Rat hat er auch: „Statt permanent über andere Parteien zu sprechen, sollten sich die politischen Verantwortungsträger in der Tiefe mit den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger beschäftigen und Lösungen anbieten, die überzeugen und wirksam sind.“ Permanent über Konkurrenten zu sprechen, steigern meist nicht die eigene Attraktivität.

Einmal im Jahr lädt die Stiftung Familienunternehmen und Politik Unternehmer und Politiker zum Tag des Familienunternehmens in Berlin ein. Es ist eine Schwesterorganisation der Stiftung Familienunternehmen aus München. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die Stiftungen und der Verband sich nicht leiden können. Politiker lassen sich jedenfalls da und dort blicken. Im Mai sprach Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche beim Tag des Familienunternehmens der Stiftung. Bundeskanzler Friedrich Merz redete im Juni bei den Familienunternehmer-Tagen des Verbandes der Familienunternehmen.

„Politiker von der extremen Rechten und der extremen Linken würden wir nicht als Redner einladen“, sagt Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Berliner Stiftung, sie vertritt große Familienfirmen wie Trumpf, dm oder Henkel mit Tausenden Beschäftigten. Extreme sieht er rechts und links der politischen Mitte. „Es gibt überhaupt keine Veranstaltungen oder Gesprächsrunden, wozu wir AfD oder Die Linke einladen“, sagt Kirchdörfer. Es gebe durchaus Positionen, die man ähnlich

sehe wie die AfD. Auch die Stiftung sorgt sich um die Wettbewerbskraft Deutschlands, fordert Bürokratieabbau, niedrigere Lohnnebenkosten und möchte, dass das Betriebsvermögen von der Erbschaftsteuer verschont bleibt. Aber diese Positionen reichen für Kirhdörfer nicht, um sich mit der AfD gemeinzu machen. Dafür sei die Wertebasis zu unterschiedlich und auch die Differenzen etwa in der Europapolitik oder der Bindung an die Nato zu groß. Gespräche mit der AfD zu führen und den Eindruck zu erwecken, man identifiziere sich mit ihnen, kommt für den Lobbyisten nicht infrage. Kirhdörfer mag das Wort Brandmauer nicht, weil es zu einer gewissen Isolation der AfD führe, „und das möchte die AfD gerade“.

Aus Sicht von Kirhdörfer ist es so: Die Parteien der Mitte hätten „die Brisanz der Lage nicht erkannt. Der Bauernhof brennt und wir löschen erst die Hundehütte“, sagt er. Solange die Koalition die Probleme nicht löse, bleibe die AfD stark.

Wachstum und Wohlstand als Mittel gegen die AfD – das sehen viele so. Zum Beispiel Alexander Jakschik. Wenn man so will, steht er fast täglich vor der Brandmauer. Seine Firma, die Jakschik ULT Gruppe, sitzt im sächsischen Löbau, zwischen Bautzen und Görlitz. Er führt sie mit seinem Bruder Stefan. 200 Mitarbeiter, 30 Millionen Euro Umsatz, eine typisch mittelständische Maschinenbaufirma, von denen es in Deutschland Hunderte gibt. Jakschik ist Vizepräsident des Maschinenbau-Verbandes VDMA und Vorsitzender des Landesverbandes Ost. Dieser hat insgesamt 350 Mitglieder, das ist etwa ein Zehntel der gesamten Mitglieder des VDMA. Die Zahl sagt viel aus, über die industriellen Strukturen in den neuen Bundesländern und sie ist vielleicht auch Teil des Problems, warum die AfD so stark ist. Nach der Wiedervereinigung wurden viele Firmen geschlossen oder gingen als verlängerte Werkbänke in Konzernen aus dem Westen auf.

Im Landkreis Görlitz bekam die AfD mit ihrem Kandidaten – Parteichef Tino Chrupalla – bei der Bundestagswahl im März fast die Hälfte der Erststimmen. Überall – im privaten Umfeld, in Behörden, Ministerien, in den Kommunen – trifft Jakschik Menschen, die Wähler oder Mitglieder der AfD sind oder sein könnten, er fragt ja nicht nach dem Parteibuch. „Ich kann ihnen gar nicht aus dem Weg gehen, da ergibt sich auch das persönliche Gespräch.“ Aber er würde jetzt keinen AfD-Politiker zu einer Veranstaltung des VDMA Ost einladen. „Für mich ist die AfD unwählbar“, sagt der Unternehmer. Ihm fehle in Teilen die Abgrenzung zum Höcke-Flügel. Björn Höcke sitzt für die AfD im Thüringer Landtag und fiel in der Vergangenheit durch die Verwendung von SA-Parolen auf. „Da gibt es ja wirklich rassistische Äußerungen“, sagt Jakschik. Die AfD fordere den Austritt Deutschlands aus der EU und dem Euro und habe „wirtschaftsfeindliche Positionen“ zu allem, was „uns in Deutschland ernährt und unseren Wohlstand sichert“. Der Maschinenbau ist der größte industrielle Arbeitgeber in Deutschland und lebt vom Export, mehr als 80 Prozent der Waren gehen ins Ausland.

Einladen von Parteifunktionären nein, aber reden mit Menschen, die der AfD nahestehen. Das geht bei Jakschik gar nicht anders. „Ich muss davon ausgehen,

dass es auch in den Reihen des VDMA Ost AfD-Sympathisanten gibt“, sagt er. Er merke das in den Gesprächen und solche Gespräche nähmen zu. Die Leute, glaubt Jakschik, wählten die AfD gar nicht, weil sie das Programm überzeuge, sondern aus Protest, weil sie nicht sähen, dass die Parteien der Mitte ihre Ängste, Sorgen und Themen lösten. Die Sorgen wachsen gerade. „Der Maschinenbau steht unter Druck“, sagt er. China sei sehr wettbewerbsstark und schotte den eigenen Markt zugleich ab, andere Exportmärkte sind blockiert, wie die USA durch Trumps Zollpolitik. Und in Deutschland verschlechterten sich die Rahmenbedingungen. „Die Unternehmen leiden unter Bürokratie und hohen Steuersätzen.“

Bei einem Unternehmen mit 150 Mitarbeitern liegen die Kosten der deutschen und europäischen Bürokratie bei 6,3 Prozent des Umsatzes, ergab eine VDMA-Studie. „Das ist der Teil, den ein typisches Maschinenbauunternehmen normalerweise als Gewinn hat oder in Forschung und Entwicklung investiert“, sagt Jakschik. Umfragen zufolge könnte die AfD bei den Landtagswahlen im kommenden Jahr in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt stärkste Kraft werden. An irgendeinem Punkt werde man ins Gespräch kommen müssen, glaubt er. Aber: „Die AfD hat für mich die falschen Antworten.“